

Marc-Ferry Kölliker

Nötige Bekämpfung, behördliche Zwängerei oder teure Armenbeschäftigung? Eine Quellenuntersuchung zur gesellschaftlichen Wahrnehmung und Bekämpfung des Maikäfers im Bern des 19. Jahrhunderts.

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Der Maikäferkann in unserer Gesellschaft vieldeutig erlebt und erfahren werden. Denn einerseits gilt der Käfer als Frühlingsbote, Schokoladenpraline und durch sein nur alle paar Jahre auftretendes Schwarmverhalten als Naturschauspiel. Andererseits stellt er eine wirtschaftliche Plage dar, denn sein unersättlicher Appetit auf Wurzel- und Blattwerk brachte ihm auf der Liste der Landwirtschaftsschädlinge einen prominenten Platz ein. Diese ambivalente und je nach Betroffenheit andersartige Haltung des Menschen gegenüber dem Maikäfer ist nicht neu. Vielmehr gliedert sich unser Verhalten nahtlos in ein naturräumliches Denken früherer Zeiten ein.

Die Masterarbeit beleuchtet den Maikäfer vornehmlich in Bezug auf seine Wahrnehmung als Schädling und geht dabei auf die jeweiligen gesellschaftlichen Konsequenzen ein. Ausgehend von der Überlegung, dass die biologische Entität des Maikäfers keine Änderung wiederfuhr, wohl aber unser Verhalten ihm gegenüber, untersuchte diese Arbeit den relativ langen Forschungszeitraum von 1800 bis 1918. Als Forschungsraum wurde das Kantonsgebiet Berns gewählt.

In den Jahren der Helvetik und bis zur Gründung der Republik im Jahr 1831 war es vor allem ein Anliegen der Akteure um die Ökonomische Gesellschaft (OeG), den Käfer zu bekämpfen. Während diese zahlreiche Mandate umriss, und dasjenige von 1804 auch umsetzte, im selben Jahr eine wissenschaftlich fundierte Preisfrage publizierte und sich durch Naturforscher aus dem Ausland inspirierte, standen sowohl den staatlichen Verwaltungsebenen wie auch der grosse Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung nur eine passive Rolle zu. Vielmehr noch, die aufgeklärten Ökonomen beschrieben den Landmann als gottesfürchtig und faul und deswegen nicht bereit, den Maikäfer, den dieser als Werkzeug Gottes beschrieb, zu bekämpfen. Wie sich herausstellte, war es der Verwaltung wegen mangelnder Professionalität und fehlender lokaler Legitimierung denn auch nicht möglich die vorgegebenen Mandate befriedigend umzusetzen. Denn wenn der Maikäfer für den Landmann ein kleineres wirtschaftliches Übel darstellte als der Aufwand zur Bekämpfung desselben, so liefen die Bemühungen der OeG stets ins Leere. Die harten Winter 1816 und 1817 schadeten zudem der Population des Maikäfers so sehr, dass er aus der politischen Agenda verschwand.

Im Zuge der demokratischen und wirtschaftlichen Reformen in Bern, welche sich über den gesamten Forschungszeitraum erstreckten, änderte sich jedoch das Akteursgefüge, sowohl was die Entscheidungsbefugnis als auch den jeweiligen Wissenshorizont anbelangte, signifikant. Zwar gaben bis in die 1870er Jahren die Akteure um die OeG die Stossrichtung an, doch scheiterten sie nun nicht mehr am Unwillen der Bevölkerung und der Unfähigkeit der Verwaltung. Neue wirtschaftliche und politische Akteursgruppen überstimmten die traditionellen landwirtschaftlichen Akteure um die OeG, so etwa in den Revisionsbemühungen des alten Mandates 1853 und in der Schlussabstimmung um die definitive Annahme des Maikäfergesetzes von 1864. Zweierlei Veränderungen machten sich nämlich bemerkbar: Einerseits akzeptierte die mittlerweile emanzipierte und in den politischen Gremien vertretene Bevölkerung keine „von oben“ delegierten Zwangsmassnahmen, wie etwa die Zweckentfremdung der Gemeindegelder, die Beschädigung von Eigentum durch Massnahmen der Schädlingsbekämpfung und vor allem die juristisch unhaltbaren Konsequenzen, einzig erzeugt aus der aus Sicht der Bevölkerung inkompetenten Handhabung des Mandates durch die Verwaltung. Andererseits dominierten

fiskalpolitische Angelegenheiten das politische Tagesgeschäft, welche sehr wohl die Kosten einer Bekämpfung massen, jedoch nicht die Kosten des vom Käfer verursachten Schadens. Dies hatte zur Folge, dass die bis in die 1830er Jahre dominante OeG in ihrem eigenen Kernthema, nämlich der Förderung der Landwirtschaft, von den neuen Akteuren überstimmt wurde. Zudem verfügte der Kanton Bern im Gegensatz zu anderen mittelländischen Kantonen wie Solothurn, Aargau und Zürich bis 1864 über kein zeitgemässes Maikäfergesetz – und nach dem Abschluss desselben über keine rechtliche Handhabe über die Maikäferbekämpfung. Mehr noch, als die umliegenden Kantone 1870 ein Maikäferkonkordat einrichteten, lehnte Bern dankend ab. Der Regierungsrat begründete seine Ablehnung, sehr zum Bedauern der OeG, dass die Mehrheit der Bevölkerung genug von Bekämpfungsmassnahmen gegen den Maikäfer habe.

In den nachfolgenden Jahrzehnten änderte sich die Sachlage erneut. Einerseits gewannen die Befürworter einer Maikäferbekämpfung mit den forstwirtschaftlichen Akteuren einen – gerade für den Kanton Bern gewichtigen – Verbündeten. Andererseits konnte Bern ab den späten 1880er Jahren wirtschaftlich und politisch erfolgreichen Zeiten entgegenblicken. Die Betrachtung der Maikäferbekämpfung als Kostenfaktor fiel weg, wobei interessanterweise eben jene Argumente fruchteten, welche die Befürworter seit mehreren Jahrzehnten erfolglos propagiert hatten. Der politische Widerstand einer Wiedereinführung von Massnahmen wurde auch angesichts einer kurzzeitigen Versorgungsunsicherheit in der landwirtschaftlichen Produktion im Jahr 1893 aufgeweicht. Doch machten sich auch andere Begleitfaktoren bemerkbar: Erstens besaßen die Behörden mittlerweile umfangreiche Erfahrungen mit der Bekämpfung anderer Schädlinge, man denke etwa an die Bekämpfung der Reben- und Kartoffelschädlinge. Zweitens vollzog sich im Bereich der allgemeinen wie professionalisierten Bildung ein Wechsel hin zu einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Maikäfer. Was also zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur der OeG an Wissen zur Verfügung stand, breitete sich nun endgültig in allen Bevölkerungskreisen aus. Drittens erreichten zunehmend technische und chemische Bekämpfungsmassnahmen den Schweizer Markt, ohne jedoch den Maikäfer gross zu tangieren; ihre ausgeprägte mediale Rezeption verhalf aber dem Maikäfer vermehrt zu seinem schlechten Ruf. Viertens propagierten die kantonalen Behörden keine zentralistischen Methoden in der Bekämpfung mehr, sondern sorgten für eine zumindest augenscheinlich demokratische Legitimierung der lokalen Bevölkerung, indem die Gemeinden über ihre eigenen Maikäferverordnungen verfügen durften.

Es verwunderte denn auch nicht, dass Bern vom Nachzügler zum Vorzeigekanton wurde. Bereits 1908 leistete Bern an einer interkantonalen Konferenz zur Bekämpfung des Maikäfers Vorarbeit. Bei der Umsetzung der obligatorischen Bekämpfung auf gesamteidgenössischer Ebene 1918 integrierte Bern die Massnahmen geschickt und ohne grossen Aufwand in die bestehende Strategie.

Diese Masterarbeit untersucht nicht nur zum ersten Mal überhaupt ein grosses Quellenkorpus zu dieser Thematik, sondern zeigt auch auf, dass die Wahrnehmung des Maikäfers als „Schädling“ einem kontinuierlichen Wandel unterzogen war. Und obwohl für einzelne Akteure die Schädlichkeit des Käfers bereits um 1800 als erwiesen galt, dauerte es nochmals 100 Jahre, bis breite Teile der Bevölkerung eine Bekämpfung desselben unterstützten.